



HESSISCHER LANDTAG

05. 03. 2015

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD

betreffend neueste Enthüllungen bezüglich des NSU-Komplexes

Dank der mühevollen Kleinarbeit und Recherche der Nebenklägervorteiler der Familie Yozgat und von Journalisten sind neue Teile von Abhörprotokollen bekannt geworden, die den Verdacht nahe legen, dass hessische Beamte des Verfassungsschutzes vor dem Mord an Halit Yozgat Kenntnis davon gehabt haben könnten, dass am 6. April 2006 in dem Internet-Café von Halit Yozgat "etwas passieren werde".

Aus diesen Protokollen sind folgende Sätze bekannt geworden, die ein hessischer Beamter des Verfassungsschutzes am 9. Mai 2006 in einem abgehörten Telefonat gegenüber Andreas T. gesagt haben soll: "Ich sage ja jedem: Wenn er weiß, dass irgendwo so etwas passiert, bitte nicht vorbeifahren. - Ja, es ist Sch ..." Außerdem sind andere zynische und ungebührliche Äußerungen von hessischen Beamten des Verfassungsschutzes öffentlich bekannt geworden.

Diese neuen Erkenntnisse zeigen, dass viele Details zu dem Mord an Halit Yozgat am 6. April 2006 und die Rolle des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz noch immer völlig unklar sind und der weiteren konsequenten Aufklärung bedürfen.

Der Hessische Landtag nimmt zudem die öffentliche Stellungnahme von Ministerpräsident Volker Bouffier vom 24. Februar 2015 mit Befremden zur Kenntnis. In dieser Stellungnahme hat der Ministerpräsident die Vorwürfe an sich als "unverschämt und ungeheuerlich" bezeichnet und nicht die Tatsachen, die dem Vorwurf zugrunde liegen und den eigentlichen Verdacht begründen. Außerdem hat der Ministerpräsident einen Vertreter der Presse für seine Berichterstattung öffentlich kritisiert. Schließlich hat der Ministerpräsident eingeräumt, auf ein laufendes Disziplinarverfahren Einfluss genommen zu haben.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag entschuldigt sich bei der Familie Yozgat für einzelne Äußerungen, die Beamte des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz über den Mord an Halit Yozgat getätigt haben sollen. Sie stellen ein hohes Maß an fehlender Empathie und fehlender Sensibilität dar.
2. Der Hessische Landtag zeigt sich über die neuen Vorwürfe bestürzt, die den Verdacht begründen könnten, dass hessische Beamte des Verfassungsschutzes vor dem Mord an Halit Yozgat darüber informiert gewesen sein könnten, dass dort "etwas passieren werde". Er bedankt sich bei den Vertretern der Nebenklage und den Journalisten, die diese neuen Umstände durch mühselige Recherche und Kleinarbeit öffentlich bekannt gemacht haben. Diese gilt es schnell aufzuklären.
3. Der Hessische Landtag zeigt sich bestürzt, dass immer wieder neue Details bekannt werden, die zeigen, dass die bisherige Ermittlungs- und Aufklärungsarbeit bei Weitem noch nicht ausreichend war.
4. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, diese neuen Vorwürfe lückenlos aufzuklären und das Vertrauen in das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz wiederherzustellen. Zu einer vollständigen und zügigen Aufklärung gehört auch, dass angeforderte Akten zügig, vollständig und ungeschwärzt ausgehändigt werden und dass Aussagegenehmigungen möglichst unbeschränkt erteilt werden.

5. Der Hessische Landtag stellt ausdrücklich klar, dass die Unabhängigkeit der Presse und die Pressefreiheit wichtige Werte in einer funktionierenden Demokratie sind. Der Hessische Landtag kritisiert die unangemessene Kritik des Ministerpräsidenten an Vertretern der Presse.

Wiesbaden, 5. März 2015

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel